



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen, Susann Biedefeld, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Mahnungen der Bauwirtschaft ernst nehmen – Wohnungsnot bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Bayern zu verstärken und zu diesem Zweck Maßnahmen vorzuschlagen sowie zügig umzusetzen, die insbesondere den Bau von Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment vorsehen.

Die Bautätigkeit im Bereich der staatlich finanzierten oder geförderten Mietwohnungen muss dabei quantitativ deutlich über den im „Wohnungspakt Bayern“ gesteckten Zielen liegen.

Auch sind konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie die Rahmenbedingungen für private Investoren zur Schaffung bezahlbaren Wohnungsbaus verbessert werden können und wie Kommunen mehr Handhabemöglichkeiten in diesem Bereich gegeben werden können.

Begründung:

Seit die Staatsregierung im vergangenen Herbst den „Wohnungspakt Bayern“ beschlossen hatte, wurde von verschiedener Seite angemahnt, dass die darin enthaltenen Maßnahmen trotz positiver Ansätze nicht ausreichen, um die Wohnungsnot in Bayern in den kommenden Jahren in den Griff zu bekommen. Zuletzt warnte vor wenigen Tagen die bayerische Bauwirtschaft, die politischen Anstrengungen zum Bau von Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment spürbar zu verstärken. So seien im vergangenen Jahr 54.000 Wohnungen in Bayern fertiggestellt worden. Der Bedarf liege hingegen bei 70.000 neuen Wohnungen. Laut Landesvereinigung Bauwirtschaft reiche dies „hinten und vorne nicht aus“ (Hans Aurer, Sprecher der Landesvereinigung Bauwirtschaft). In seiner kürzlich veröffentlichten „Wohnungsmarktprognose 2030“ errechnete das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zudem, dass die Nachfrage nach Wohnraum in Bayern bis 2030 stark wachsen werde.

Bereits im Herbst hatte die BayernSPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung deshalb dazu aufgefordert, in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boom-Regionen zu schaffen (Drs. 17/8441). Die jüngsten Berechnungen bestätigen die Dringlichkeit dieser Forderung und machen deutlich, dass Nachbesserungen beim „Wohnungspakt Bayern“ (mit dem Ziel, deutlich mehr als die darin enthaltenen 28.000 neuen staatlich finanzierten oder geförderten Mietwohnungen zu schaffen) sowie weitere wohnungspolitische Maßnahmen (z.B. zur Schaffung von mehr Handhabemöglichkeiten für die Kommunen) unumgänglich sind.